

# CSU will das Erbe Sackmanns fortführen

**VERBAND** Beim Jahresempfang der Kreis-CSU ging es um heiß diskutierte Themen – aber auch um den 2015 gestorbenen Ex-Staatssekretär aus Roding.

**CHAM.** „2016 wird wahrscheinlich das schwierigste Jahr seit der Gründung der Bundesrepublik – das sind auch die Worte der Bundeskanzlerin“, schickte MdB Karl Holmeier beim Jahresempfang des CSU-Kreisverbands im Hotel Randsbergerhof in Cham voraus. Flüchtlingsthematik und Terror: Diese Themen überschatteten die erfolgreiche Arbeit der Koalition in Berlin. „Aber auch wenn es nach außen hin manchmal kracht, was normal ist – die Bilanz ist erfolgreich, die Wirtschaft läuft gut, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren“, fand er auch ermutigende Worte.

Ein aktuelles Thema sei die Erbschaftssteuerreform, bei der ein neues Recht auf den Weg gebracht werden müsse. Die Wirtschaft solle aber nicht zu sehr belastet werden. „Deshalb wollen wir es in etwa so weiterführen, wie es bisher war“, sagte Holmeier. Bei der Breitbandförderung sei das Ziel im Landkreis, die weißen Flecken bis 2018 zu schließen.

## Sackmanns Erbe fortführen

Albert Füracker, der neue Bezirksvorsitzende, erinnerte zu Beginn seiner Rede an das einschneidende Erlebnis im vergangenen Jahr für die CSU im Landkreis, den Tod von Markus Sackmann. „Sein Erbe soll hier fortgeführt werden“, sagte Füracker. Mit 60 Ortsverbänden allein im Landkreis Cham sei die Partei kommunal gut verwurzelt. „Der Landkreis ist ein Musterbeispiel für ländliche Entwicklung in ganz Bayern. Wir als Partei können mit Stolz sagen, wir hatten daran auch unseren Anteil, zusammen mit den Bürgern im Landkreis.“

So gebe es beispielsweise einen breit aufgestellten Mittelstand, viel Tourismus, Kompetenzzentren, den Technologie Campus und gute Kontakte nach Tschechien. „Das alles wollen wir kraftvoll unterstützen“, bekräftigte Füracker. Er ging auch auf die viel diskutierte Bargeldobergrenze ein: „Die 5000-Euro-Grenze lehne ich ab.“ Es gehe ihm um die Frage: Wie geht der Staat mit Eigentum um? „Wir können nicht akzeptieren, dass auf die Bürger Steuererhöhungen zukommen sollen. Wer etwas erreicht hat, soll nicht dafür bestraft werden.“ Dafür müsse man auch mit den Steuerein-



MdB Karl Holmeier, MdL Dr. Gerhard Hopp, stellvertretender Kreisvorsitzender Stefan Baumgartner, Landrat Franz Löffler, Staatssekretär und Bezirksvorsitzender Albert Füracker, stellvertretende Kreisvorsitzende Barbara Haimerl und stellvertretender Kreisvorsitzender Ludwig Reger (von links) ziehen an einem Strang für den Landkreis Cham. Foto: cba

nahmen vernünftig umgehen. „Man muss mit dem Geld auskommen, das man einnimmt, das muss die Politik verstehen. Es gibt Bundesländer in Deutschland, die das nicht tun“, sagte Füracker. Bayern habe alte Schulden abgebaut und gebe mit kluger Finanzwirtschaft Geld für die richtigen Dinge aus. „Bayern hat den Kommunen seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viel Geld zukommen lassen, wie es 2016 sein wird“, sagte Füracker. „Beim Breitbandausbau machen wir ordentliche Kofinanzierung von Bayern aus.“

Er ging in seiner Rede auch auf den Länderfinanzausgleich ein. „Bayern hat einen Anteil von 5,5 Milliarden am Länderfinanzausgleich, und das an Bundesländer, die nicht erklären müssen, wofür sie das Geld ausgeben. Hier achten wir darauf, dass sich etwas ändert. Bei einem Anteil von 5,5 an neun Milliarden Euro kann man nicht behaupten, Bayern wäre unsolidarisch.“

Für die moderne Landwirtschaft sieht Füracker eine große Zukunft. „Wir müssen froh sein, wenn jemand unsere Natur pflegt und wir regionale Lebensmittel haben.“ Probleme seien aber immer strengere Auflagen und auf dem Weltmarkt jemanden zu finden, der bereit ist, ordentlich für Agrarprodukte zu bezahlen. Die CSU ste-

.....  
: „Der Landkreis ist ein Musterbeispiel für ländliche Entwicklung in ganz Bayern. Wir als Partei können mit Stolz sagen, wir hatten daran auch unseren Anteil, zusammen mit den Bürgern im Landkreis.“

ALBERT FÜRACKER :  
.....

he an der Seite der Bauern, deshalb gebe es unterschiedlichste Förderprogramme.

Bei der Diskussion um das Betreuungsgeld wurmten ihn die ideologische Debatte und der Ausdruck Herdprämie. „Niemand muss für das Betreuungsgeld seinen Beruf unterbrechen“, stellte er klar. „Das Betreuungsgeld zahlen wir aus Überzeugung weiter, weil wir helfen wollen und als Anerkennung für denjenigen, der seine Kleinstkinder selbst betreut.“ Die CSU sei für jedes Familienmodell da, es gebe schließlich auch ein großes Angebot an Kindertagesstätten.

## „Wie viele Flüchtlinge schaffen wir?“

„Für uns als christlich-soziale Union ist es eine Selbstverständlichkeit, den Menschen zu helfen, die auf der Flucht sind“, machte er in Sachen Asylpolitik deutlich. Dass es auch 2016 große Herausforderungen seien, sehe man an den geplanten Ausgaben von 3,3 Milliarden Euro, wobei man vom Bund nur 400 Millionen Euro erhalte. Wenn Integration gelingen solle, müsse man eine Zahl finden, die auch zu bewältigen sei. Kein Land auf der Welt könne unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. „Wenn andere Länder sich nicht beteiligen, werden die Bürger das so nicht akzeptieren“, sagte Füracker.

Landrat Franz Löffler betonte in seiner Rede die Effektivität des Heimatministeriums. Die Themen Behördenverlagerung, Breitbandförderung oder Landesplanung: Das alles sei in diesem Ministerium gut aufgehoben. Am Montag werde ein bayerisch-böhmisches Entwicklungsgutachten vorgestellt, von dem der Landkreis profitieren werde, schickte Löffler voraus. Er machte deutlich: „Wir müssen den Menschen hier garantieren, dass sie

keinen Nachteil erleiden werden, was zum Beispiel Bildungsinvestitionen und Breitband betrifft.“ Damit bezog er sich auf das Thema Asyl. 1400 Asylbewerber habe man derzeit im Landkreis und laut Prognose kommen pro Woche 30 weitere hinzu.

Zum Glück gebe es aber fast genauso viele Ehrenamtliche wie Flüchtlinge. Löffler betonte, dass er die Flüchtlinge lieber in kleineren Einheiten unterbringe, das sei aufwendiger, aber trotz der großen Zahl sei es relativ gut gelungen, die Menschen zu betreuen. Aber auch die Ehrenamtlichen treibe die Frage um: „Wie viele Flüchtlinge schaffen wir noch, und wie können wir diese erfolgreich integrieren, wenn sie Bleiberecht haben?“

Man komme hier an Grenzen der Belastbarkeit, und das müsse man auch kommunizieren. Auch müsse man den Asylsuchenden unsere Wertordnung vermitteln, diese sei daher in allen relevanten Sprachen in den Unterkünften ausgehängt. „Zum Glück hat es im Landkreis keine nennenswerten Vorfälle gegeben, aber wenn etwas wie in der Silvesternacht auch bei uns vorkommen sollte, würde das Konsequenzen haben“, stellte Löffler klar und warnte zugleich: „Die Rattenfänger am linken und rechten Rand sollen bei den Wahlen nicht in der Gesellschaft ankommen.“

MdL Dr. Gerhard Hopp hatte Neuigkeiten in Sachen Betreuungsgeld. Momentan würden SPD und Grüne im Sozialausschuss blockieren, was aber nur eine Verzögerung sei. „Viele junge Familien warten seit Monaten, und wir haben viele Anfragen, wann es denn endlich kommt.“ Nun dauere es aufgrund der Anhörung noch etwas länger, aber: „In drei Monaten ist es wohl endlich soweit!“ (cba)